

zeugen könne; vorerst sei man vor allem zum (3) Dialog verdammt, der zumindest den Vorteil habe, die Argumentationsweise der NGOs kennenzulernen und "durch die Abschöpfung der weitreichenden Expertise der NGOs einen Informationsgewinn" zu erzielen. Vor diesem Hintergrund plädierte eine Ad-hoc-Gruppe des BDI für die Einrichtung eines Expertennetzwerkes, für Öffentlichkeitskampagnen und für Dialog-Initiativen.

● **Neue Aggressivität auch hierzulande:** Es könnte jedoch sein, daß die Wirtschaft hierzulande derzeit den Rückwärtsgang von der dritten zur zweiten Handlungsvariante auslötet. Als hätten sich die Redakteure die Empfehlungen der amerikanischen Think Tanks zu Herzen genommen, liest sich ein kürzlich in der kapitalfreundlichen "Wirtschaftswoche" erschienener Artikel über deutsche "NGOs im Förderbiotop". Der Artikel kolportiert an Hand schlecht recherchierter Fälle vor allem die These vom wachsenden, aber demokratisch nicht legitimierten Einfluß der NGOs auf die Regierungspolitik und unterstellt - aus Unkenntnis oder Börsartigkeit? - fragwürdige Finanzierungspraktiken. So wird verschwiegen, daß für staatliche Projektzuschüsse genau festgelegte Leistungen erbracht und nachgewiesen werden müssen. Die Gründung von Konsortien aus mehreren NGOs - bei EU-Anträgen ein Normalfall und von dieser ausdrücklich ermutigt - wird als obskure Praxis dargestellt. Das immer wieder strapazierte "Argument", NGOs seien "nicht gewählt", hat mit der Legitimitätsproblematik eigentlich gar nichts zu tun. Denn Kritik und politische Vorschläge von NGOs sind, wie der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Schweizer Hilfswerke, Peter Niggli, betont, schon allein durch die politischen Grundrechte einer demokratisch verfaßten Öffentlichkeit garantiert. Letztlich entscheidet sich in der öffentlichen Auseinandersetzung, was mit ihren Vorschlägen geschieht. Abgesehen davon sind NGOs in ihren inneren Strukturen meistens allemal so demokratisch wie beispielsweise Unternehmerverbände und allemal demokratischer als die Transnationalen Unternehmen selbst. Letztere beanspruchen wie

selbstverständlich Zugang zu Regierungsstellen und Parlamentsausschüssen und sind dazu weder durch ihre Belegschaften noch durch die Bevölkerungen ihrer Herkunftsländer "gewählt" worden. Ein Vorschlag, der seit kurzem in der Debatte ist, entbehrt allerdings nicht einer gewissen Komik: Die NGOs sollten sich, wie andere Marktakteure auch, durch Rating-Agenturen und Accounting-Firmen regelmäßig auf den Prüfstand stellen lassen. Ganz abgesehen davon, daß sich die meisten Organisationen ohnehin bestimmten Richtlinien unterwerfen, in Deutschland beispielsweise dem DZI-Spendensiegel, erfüllen derartige Einrichtungen, wie nicht zuletzt die jüngsten Buchhaltungsskandale - von ENRON

über Arthur Anderson Consulting bis zu Parmalat - gezeigt haben, alles andere als die Kriterien von Transparenz, Effizienz und öffentlicher Überprüfbarkeit. □

Hinweise:

* CAFOD, *Clean Up Your Computer. Working Conditions in the Electronics Sector*, 44 pp., London, Januar 2004. Bezug: über www.cafod.org/uk

* ChristianAid, *Behing the Mask. The Real Face of Corporate Social Responsibility*, 68 pp., London, Januar 2004. Bezug: über www.christianaid.org.uk

* Oxfam, *Trading Away Our Rights - Women Working in Global Supply Chains. Women working in global supply chains*, 52 pp., Oxford, February 2004. Bezug: über www.maketradeair.org

EU-Entwicklungspolitik:

Unter dem Kuratel der Sicherheitspolitik?

Der Zweck heiligt bekanntlich die Mittel. Selbst dann, wenn es um die zukünftige Verortung machtpolitischer Interessen Europas in der von den USA dominierten unilateralen Weltordnung geht. Bereits am ersten Tag der Regierungskonferenz im letzten Dezember (s. auch W&E 11-12/2003) verabschiedeten die EU-Staats- und Regierungschefs, von der Öffentlichkeit nur am Rande wahrgenommen, eine neue "Europäische Sicherheitsstrategie". Die Eigenständigkeit der europäischen Entwicklungspolitik könnte dabei völlig unter die Räder kommen, schreibt **Klaus Schilder**.

Grundlage der neuen Doktrin ist ein Diskussionspapier des für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zuständigen EU-Kommissars Javier Solana ("Mr. GASP") vom vergangenen Juni (s. Hinweis). Im Mittelpunkt der Strategie stehen - im Zeichen eines scheinbar neuen und dynamischen Bedrohungspotentials - die wirksame Durchsetzung des multilateralen Systems, die Stärkung des eigenständigen europäischen Handelns sowie die zivile und militärische Krisenprävention: "Wir leben in einer Welt mit neuen Gefahren, aber auch mit neuen Chancen... Eine aktive und handlungsfähige Europäische Union könnte Einfluß im Weltmaßstab ausüben. Damit würde sie zu einem wirksamen multilateralen System beitragen, das zu einer Welt führt, die gerechter, sicherer und stärker geeint ist", heißt es im Text wörtlich. Neben gewaltbereiten Terroristen werden die Verfügbarkeit von Massen-

vernichtungswaffen, das Scheitern staatlicher Strukturen (die sog. *Failing States*), Regionalkonflikte und organisierte Kriminalität als Hauptgefahren für Europa benannt. Auf gleicher Augenhöhe mit den USA und Großbritannien will die EU daher in Zukunft "eine mächtige Kraft zum Wohle der Welt sein".

● **Umkehr des Kohärenzgebots:** Dahinter steckt einerseits eine Kampfansage an die von Bush und Blair geprägte unilaterale Weltordnung. Aus der Solana-Strategie folgt aber auch, daß andere Politikfelder mit außenpolitischer Wirkung in Umkehr des Kohärenzgebots hinter diesen Großmachtambitionen zurückstehen müssen. Die Strategie fordert explizit dazu auf, "die verschiedenen Instrumente und Fähigkeiten, darunter die europäischen Hilfsprogramme und den Europäischen Entwicklungsfonds, die militärischen und zivilen Fähigkeiten der Mitgliedsstaaten ... zu bündeln". Militärische Gewalt zur

Verteidigung des "Guten" in der Welt wird so in Zukunft zum legitimen Handlungsinstrument des zivilen Europas. Rückblende: Der am 18. Juli 2003 vom Europäischen Konvent vorgelegte Entwurf für einen neuen EU-Vertrag, euphemistisch als Verfassungsentwurf bezeichnet, schreibt die Formulierungen früherer Verträge fort, indem er die Kohärenz der Ziele außenpolitischen Handelns, darunter das Ziel der weltweiten Armutsbekämpfung, zu anderen Politikbereichen in Art. III-193 garantiert. Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe erhielten ein eigenes Kapitel. Allerdings ermöglichen die Bestimmungen im Abschnitt zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) eine weitgehende Instrumentalisierung der gemeinsamen Entwicklungspolitik. Die italienische Ratspräsidentschaft legte während der Regierungskonferenz im Dezember 2003 nochmals nach: Einem Ergänzungsvorschlag für Art. I-27 zufolge forderte die Berlusconi-Administration, die EU-Außenminister-Kompetenz dadurch entscheidend zu erweitern, daß das außenpolitische Handeln der Union konsistent an den Zielen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik ausgerichtet werden müsse. Entwicklungspolitische Verbände liefen Sturm gegen die italienische Formel, die dem "Super-Minister" de facto die Kontrolle über die von der Kommission bestimmte europäische Handelspolitik, die Entwicklungsarbeit und die humanitäre Hilfe geben würde. Derzeit ist unklar, was aus dem italienischen Vorstoß wird. In Europa hoffen die Regierenden auf eine Einigung über eine neue Verfassung hinter verschlossenen Türen während der irischen Präsidentschaft. Und Bertie Ahern hat Berlusconi Papier bei seinen Beichtstuhlgesprächen noch im Gepäck.

● **EEF unter Budgetkontrolle:** Auch auf der Ebene institutioneller Reformen zeichnet sich die politisch motivierte Subordination originärer entwicklungspolitischer Ziele unter die GASP deutlich ab, etwa durch die Auflösung eines eigenständigen Entwicklungsministerrates durch den Europäischen Rat in Sevilla im Jahr 2002. Jüngstes Beispiel: Die in der Vergangenheit auch von NGO-Seite geforderte Ein-

gliederung der Mittel des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) in den vom Europäischen Parlament kontrollierten Haushalt. Die Kommission hat, unter Verweis auf den Zeitdruck durch die Regierungskonferenz, am 8. Oktober 2003 ihre Vorstellungen dafür vorgelegt (s. Hinweis).

Die eigentliche Entscheidung über die Struktur des 10. EEF wird allerdings erst im Rahmen der dieses Jahr beginnenden Finanzverhandlungen getroffen. Während sich die Kommission angesichts vergangener Mittelabflußprobleme größere Flexibilität bei der Verwendung der EEF-Beiträge für internationale Fonds, Friedenseinsätze und Anti-Terror-Maßnahmen oder Vorhaben in anderen Regionen verspricht, kritisieren europäische Entwicklungsverbände wie Eurostep und CONCORD die Vorschläge scharf. Sie machen die Umsetzung der Kommissionsvorschläge von mehreren Forderungen abhängig: Die Kommission sollte im Interesse des *Ownership* einen transparenten Konsultationsprozeß mit den AKP-Staaten einleiten, die Verfügbarkeit der bisherigen Mittel für die (zumeist ärmeren) AKP-Staaten im EU-Haushalt sicherstellen, eigene bürokratische Prozeduren vereinfachen, im Verfassungsentwurf die Rolle gemeinsamer EU-AKP-Institutionen deutlich machen und die Zivilgesellschaft an der Planung der Länderstrategien beteiligen.

● Sachfremde Mittelverwendung? Die Befürchtungen kommen nicht von ungefähr. Schon jetzt werden Mittel aus dem 9. EEF für friedensschaffende Maßnahmen eingesetzt. Mitte November beschloß der Europäische Rat auf Vorschlag der Kommission, der Afrikanischen Union 250 Mio. € für eine schnelle Eingreiftruppe zur Friedenssicherung zur Verfügung zu stellen, etwas später flossen nochmals 25 Mill. € für ähnliche Ziele in Burundi. 126,4 Mio. € sollen dabei durch eine 1,5-%ige Kürzung der im Rahmen der nationalen Indikativprogramme bewilligten Länderallokationen mobilisiert werden, der Rest aus bisher nicht verplanten Mitteln des 9. EEF. Obwohl das BMZ zwar im Grundsatz die Neurichtung im Rahmen der EU-Sicherheitsstrategie begrüßt, warnte Heidemarie Wiczorek-Zeul davor, militärische Aktivitäten zur Friedens-

sicherung in AKP-Staaten aus Entwicklungsgeldern zu finanzieren. Dies schwäche den Ansatz, die Armut zu bekämpfen und nachhaltige und langfristige Lösungen für Krisen zu schaffen. Europäische NBOs kritisierten zudem, daß der sachfremden Mittelverwendung durch die Budgetisierung Tür und Tor geöffnet werden.

Auch globale Entwicklungsfonds könnten nach den bisherigen Kommissionsvorstellungen in Zukunft aus dem EEF anstatt aus zusätzlichen Mitteln finanziert werden. In Umsetzung ihrer Zusage zur Verbesserung des Zuganges zu Wasser und sanitären Anlagen im Kontext der UN-Millenniums-Entwicklungsziele stellte die Kommission kürzlich 1,2 Mrd. € für eine Globale Wasser-Fazilität zur Verfügung (s. Hinweis). Daraus sollen neue Initiativen, technische Hilfe und Kapazitätsförderung in AKP-Staaten unterstützt werden. Die Fazilität soll aus bisher nicht zugewiesenen Mitteln des 9. EEF finanziert werden, deren Verwendung allerdings an die erst für die zweite Jahreshälfte 2004 geplante Halbzeitüberprüfung des EEF gebunden ist. Eurostep und andere NGOs befürchten, diese Umverteilung ginge möglicherweise zu Lasten der im Rahmen der Länderstrategien vereinbarten Entwicklungsschwerpunkte in den AKP-Staaten, wenn nach der für 2004 geplanten Halbzeitüberprüfung der Bedarf für weitere Mittel, z.B. für die Stärkung sozialer Grunddienste, festgestellt würde. Zudem will die Kommission aus der Fazilität Wasser- und Sanitärinfrastrukturmaßnahmen zusammen mit privaten Investoren finanzieren – ein verstärkter Drucks zur Privatisierung in AKP-Staaten wäre die Folge. □

Hinweise:

* *Ein sicheres Europa in einer besseren Welt*, Brüssel, 12.12.2003; im Internet unter: www.auswaertiges-amt.de/www/de/infoservice/download/pdf/friedenspolitik/ess.pdf

* *Towards the Full Integration of Cooperation with the ACP Countries in the EU Budget*, EU Kommission, Brüssel, Oktober 2003

* *Communication on the Future Development of the EU Water Initiative and the Modalities for the Establishment of a Water Facility for ACP Countries*, EU Kommission, Brüssel, 26.1.2004

W&E-Infospiegel

● **"Lula-Fonds":** Frankreich und Brasilien haben Anfang Februar, anlässlich des Europa-Besuchs des brasilianischen Präsidenten Inácio Lula da Silva gefordert, eine internationale Steuer auf Waffenexporte und Finanztransaktionen zu erheben, um neue Finanzmittel im Kampf gegen Hunger und Armut aufzubringen. Eine international zusammengesetzte Expertengruppe soll bis September 2004 mögliche weitere neue Finanzquellen für den Kampf gegen die Armut identifizieren. Die neu mobilisierten Ressourcen sollen in einen Fonds fließen, den Chirac auf den Nahmen "Lula-Fonds" taufte. Neue innovative Finanzierungswege sollen auch zum Gegenstand des Dialogs zwischen der G8 und wichtigen Entwicklungsländern gemacht werden, der im letzten Jahr in Evian begonnen hat. Eine "wirklich globale Partnerschaft" müsse nicht nur neues Geld mobilisieren, sondern auch eine Neuausrichtung der entwicklungspolitischen Prioritäten bewirken. "Hunger ist eine Massenvernichtungswaffe, die 24000 Menschen pro Tag und 11 Kinder in jeder Minute tötet", sagte Lula. Ein Richtungswechsel sei notwendig, hin zu einem "neuen Entwicklungskonzept, in dem die Verteilung des Einkommens nicht die Folge, sondern ein Faktor des Wachstums ist". In einer gemeinsamen Erklärung unterstützten der brasilianische und französische Staatschef auch den britischen Vorschlag zur Einrichtung einer "International Finance Facility" (IFF; s. W&E 2/2003). Damit sollen die für die Verwirklichung der Millenniumziele zur Verfügung stehenden Finanzmittel verdoppelt werden, indem – unter Verwendung der derzeitigen Entwicklungshilfegelder als Sicherheit – bis zu weiteren 50 Mrd. Dollar auf den globalen Finanzmärkten aufgenommen werden. Die britische Regierung will ihre G8-Gastgeberrolle im Jahr 2005 nutzen, um vor allem Zweifel der USA und Deutschlands an der Initiative zu zerstreuen. Letztere befürchten eine Verpfändung von Hilfsgeldern auf Jahre hinaus, wenn die aufgenommenen Kredite zurückgezahlt werden müssen.

● Leschwinweise:

* Martina Fuchs/Michael Giese, *Globale Arbeitsteilung – nationale Kompetenzaufteilung. Beispiele aus der Automobilzulieferindustrie*, INEF-Report 73, 36 S., Duisburg-Essen 2003. Bezug: INEF, Geibelstr. 41, D-47057 Duisburg, Tel. 0203/3784420, Fax 3794425, Internet: www.inef.de

* Bettina Führmann, *Abkehr vom Washington Consensus? Die wirtschaftspolitische Strategie der Weltbank zur Armutsbekämpfung*, INEF-Report 71, 59 S., Duisburg-Essen 2003. Bezug: INEF, s.o.

* Jochen Hippler/Jeanette Schade, *US-Unilateralismus als Problem von internationaler Politik und Global Governance*, INEF-Report 70, 66 S., Duisburg-Essen 2003. Bezug: INEF, s.o.

* ILO, *Global Employment Trends*, 42 pp., ILO: Geneva, January 2004. Bezug: über www.ilo.org

* ILO, *Investing in Every Child: An Economic Study of the Costs and Benefits of Eliminating Child La-*

bour, 147 pp., ILO: Geneva 2004. Bezug: über www.ilo.org

* Astrid Ley/Ludwig Weitz (Hg.), *Praxis Bürgerbeteiligung*. Ein Methodenhandbuch, Arbeitshilfen für Selbsthilfe und Bürgerbeteiligung Nr.30, 312 S., Stiftung Mitarbeit: Bonn 2003. Bezug: Stiftung Mitarbeit, Bornheimer Str. 37, 53111 Bonn, Tel. 0228/604240, Fax 0228/6042422; Internet: www.mitarbeit.de

* medico international (Hg.), *Macht und Ohnmacht der Hilfe. Eine Dokumentation über die Krise humanitären Handelns*, medico-Report 25, 136 S., Frankfurt/Main 2004. Bezug: medico international, Obermainanlage 7, D-60314 Frankfurt, Tel. 069/944380, Fax 436002, e-mail: info@medico.de

* Ulrike Tscherner, *Nadelstiche von VerbraucherInnen: Modemultis in Bewegung. Die Entwicklung von Verhaltenskodizes seit 1992*, Südwind-Materialien 8, 28 S., Siegburg, November 2003. Bezug: Südwind, Lindenstr. 58-60, D-53721 Siegburg, Tel. 02241/53617, Fax 51308, Internet: www.suedwind-institut.de

* VENRO (Hg.), *Armutsbekämpfung und Krisenprävention. Wie läßt sich Armutsbekämpfung konfliktensitiv gestalten?*, 43 S., Bonn-Berlin, November 2003. Bezug: VENRO-Projektbüro Berlin, Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Ziegelstr. 30, D-10117 Berlin, Tel. 030/28046670, Fax 28046672, e-mail: berlin@venro.org

* WIDERSPRUCH Heft 45: *Wissen – Bildung – Informationstechnologie*, 216 S., Zürich, Dezember 2003. Bezug: Widerspruch, Postfach, CH-8026 Zürich, Tel./Fax 0041/1/2730302, Internet: www.widerspruch.ch

* Elaine Zuckerman/Wu Qing, *Reforming the World Bank: Will the New Gender Strategy Make a Difference? A Study With Chinese Case Examples*, 70 pp., Heinrich Böll Foundation, Washington DC 2003. Bezug: The Heinrich Böll Foundation, 1638 R Street, NW, Suite 120, Washington, DC 20009, USA, Tel. +1/202/4627512, Fax 4625230, e-mail: info@boell.org

● Tagungen und Termine:

* 5.-7. März: Wochenendtagung der Ev. Akademie Bad Boll in Zusammenarbeit mit DGVN, BICC u.a. zum Thema *Minen, Mörser, Maschinengewehre. Kleine und leichte Waffen – eine große Herausforderung für den Weltfrieden* in Bad Boll. Info: Ev. Akademie, D-73087 Bad Boll, Tel. 07164/79210, e-mail: magdalena.hummel@ev-akademie-boll.de

* 2./3. April: Tagung von WEED in Zusammenarbeit mit Misereor und inkota-Netzwerk zum Thema *Bedingungslose Hilfe? Die Konditionierung von IWF/Weltbank-Kredit und Schuldenreduktionen* in Berlin. Info: WEED, Berliner Büro, Ann-Kathrin Schneider, s. Impressum.

* 29.-31. Mai: *Second World Renewable Energy Forum: Global Benefits and Policies* des World Council for Renewable Energy (WCRE) in Bonn. Info: Eurosolar, Kaiser-Friedrich-Str. 11, D-53113 Bonn, Tel. 0228/362373, Fax 0228/361279, Internet: www.wcre.org